

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0039-RD 3/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2976/J-NR/2019

Wien, 26. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Renate Gruber, Kolleginnen und Kollegen haben am 27.02.2019 unter der Nr. **2976/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend plastikfreie Städte und Gemeinden gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- Gemeinden sind sehr wichtige Stakeholder im Kampf gegen den Plastikmüll. Man ist nah am Bürger und der Erfolg entsprechender Maßnahmen zur Vermeidung der Plastikflut ist schnell sichtbar. Die niederösterreichische Gemeinde St. Valentin hat bereits 09.2018 eine Resolution beschlossen, um eine "plastikfreie Gemeinde" zu werden. Weitere Gemeinden sind diesem Beispiel gefolgt bzw. arbeiten gerade an entsprechende Initiativen. Plant Ihr Ressort, diese bereits bestehenden Pilotprojekte zum Anlass zu nehmen, eine bundesweite Initiative zur Unterstützung plastikfreier Städte und Gemeinden zu setzen?

Es ist unbestritten, dass der sorglose Umgang mit Kunststoff und insbesondere der zunehmende Verbrauch kurzlebiger Produkte aus Kunststoffen das Ökosystem stark belasten. Darum hat die Bundesregierung im Dezember 2018 im Ministerrat Maßnahmen zur

Reduktion von Plastikabfällen in Österreich beschlossen, zu welchem beispielsweise auch das Verbot von Einweg-Kunststoff-Tragetaschen ab 1. Jänner 2020 zählt. Weiters ist ein nationales Verbot von Mikroplastik in Kosmetikartikeln und Reinigungsmitteln – sofern keine europäische Lösung erreicht wird – geplant. Insgesamt soll bis 2025 der Verbrauch an Kunststoffverpackungen um 20 bis 25 Prozent reduziert werden. Mit der nationalen Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte ist eine Reduktion von Einwegartikeln aus Kunststoffen ebenfalls verbunden. Bundesweite Initiativen zur Reduktion von Plastikabfällen sind jedenfalls unerlässlich, somit wird die Realisierung plastikfreier Städte und Gemeinden im Sinne der Resolution insgesamt unterstützt.

Darüberhinausgehende Initiativen von Städten und Gemeinden werden natürlich vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Zur Frage 2:

- Gab es dazu bereits Gespräche mit dem Städtebund bzw. Gemeindebund?

Städtebund und Gemeindebund sind bei der Entwicklung und der Umsetzung der geplanten Maßnahmen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus eingebunden.

Zur Frage 3:

- In welcher Form beabsichtigen Sie Städte und Gemeinden beim Umstieg auf eine "plastikfreie Gemeinde" zu unterstützen?

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus bietet vielfältige Hilfestellung bei der Ökologisierung von Kommunen, unter anderem im Rahmen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und der Organisation von nachhaltigen Veranstaltungen. Der Aufbau von Know-how zur Organisation plastikfreier Veranstaltungen wird seit Jahren vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus im Rahmen der Initiative „Green Events Austria“ gefördert und hat damit zur Entwicklung von international anerkannten Standards und Kriterien für ein Österreichisches Umweltzeichen für Green Events geführt. Zu diesen gehören hinsichtlich Plastikvermeidung in der Praxis beispielsweise der Einkauf in Großgebinden, die Vermeidung von Einweggeschirr und -besteck und der Einsatz von Mehrweggebinden sowie Pfandsysteme für Getränkeverpackungen. Die Anschaffung und der Verleih von Geschirrmobilen zum Reinigen des Mehrweggeschirrs wird durch einige Bundesländer unterstützt, um der Einwegmentalität bei Veranstaltungen entgegen zu wirken.

Zur Frage 4:

- In welcher Höhe sollen dafür Budgetmittel bereitgestellt werden?

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus setzt sich aktiv für die Reduktion von Plastikabfällen in Österreich und die Verminderung von Einwegplastikprodukten ein. Entsprechende Maßnahmen wurden im Ministerratsvortrag vom 5. Dezember 2018 dargelegt. Für die Umsetzung der geplanten abfallwirtschaftlichen Maßnahmen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus stehen 2019 selbstverständlich Budgetmittel zur Verfügung, unter anderem für beispielsweise den Themenbereich der Nachhaltigen Beschaffung, inklusive Green Events und deren Weiterentwicklung.

Ferner ist es Ziel des Programms „klimaaktiv nawaro markt“, die stoffliche Nutzung heimischer Bioökonomie-Produkte zu forcieren. Diese Produkte aus Holz, Stroh, Stärke, Fasern, pflanzlichen Ölen usw. können konventionelle, auf mineralischer oder petrochemischer Basis erzeugte Produkte bereits in einer Vielzahl an Anwendungen ersetzen. Das Programm setzt dabei auf die Beratung und Information von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. Architektinnen und Architekten, Beraterinnen und Berater etc.), Vernetzung von Marktteilnehmerinnen bzw. -teilnehmer und Partnerinnen bzw. Partnern, die Erstellung von Argumentationsgrundlagen pro Bioökonomie sowie auch auf Bewusstseinsbildung und Kommunikation an Endkundinnen und -kunden. Auch damit unterstützt das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus nachhaltig die Ressourcenschonung und die Vermeidung von Plastikabfällen in Städten und Gemeinden.

Zur Frage 5:

- Liegen Ihrem Ressort Unterlagen über internationale Best-Practice-Beispiele plastikfreier Kommunen vor?

Dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus liegen dazu keine gesonderten Unterlagen vor.

Elisabeth Köstinger

